

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen
am Donnerstag, **27.05.2010**, 17:00 Uhr - 19:45 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

SprecherInnen und stellvertretende SprecherInnen der Gruppen von Menschen mit Behinderungen u. der Arbeitsgruppen

Christine Beirer, Elke Falk, Michael Geuckler bis 19.15 Uhr, Wulf Greiling, Otmar Knüvener, Anna-Maria Koolwaay (Vertretung für Herrn Jürgen Brackmann), Franz-Josef Möllerfeld (Vertretung für Herrn Klaus Katzer), Maria Pinke, Paul Rudnick, Franz-Josef Sauer, Vera Schnieder, Anke Thier bis 18.50 Uhr, Petra Töns, Gerd Vehreschild, Elisabeth Wibben,

von der Seniorenvertretung Münster

Heinz Hakenes,

von der CDU-Fraktion

Franziskus-Pius Graf von Merveldt,

von der SPD-Fraktion

Marianne Koch,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gisela Holtz,

von der FDP-Fraktion

Gisela Schulze Horn bis 18.55 Uhr,

beratende Mitglieder

Marie-Luise Lohmann,

von der Verwaltung

Stephan Böhme, Rolf Finke, Dr. Eckhardt Gollmer, Andrea Gottlob, Christiane Köhling, Friedhelm Lauxtermann,

für die Schriftführung

Doris Rüter,

Es fehlten:

Christian Brämwig (entschuld.), Jürgen Brackmann (entschuld.), Klaus Katzer (entschuld.), Sabine Kollmann (entschuld.), Gabriele Markerth (entschuld.), Jeannette Thier (entschuld.),

zusätzlich anwesende stellvertretende Mitglieder:

Margret Breiing, Josef Huesmann, Gerd Vehreschild (bis 18.15 Uhr), Anke Thier

Gebärdensprachdolmetscher:

Matthias Sündermann, Tom Temming (mit Praktikantin)

Gäste:

Annette Göbel (Begleitung von Frau Töns)

nichtöffentlicher Sitzungsteil keiner

Tagesordnung

- | | | |
|---------------------------|------|--|
| | 1. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0384/2010</u> III | 3. | Verkehrsführung Rothenburg / Königsstraße – Beschluss zur geänderten Planung, inkl. südlicher Ludgeristraße - |
| <u>V/0300/2010</u> I | 4. | Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und schwerbehinderten Menschen Gleichgestellte bei der Stadt Münster |
| <u>V/0296/2010</u> V | 5. | Geschäftsbericht des Gesundheitsamtes 2009 |
| <u>V/0256/2010</u> V | 6. | Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen: Wegfall der Eigenbeteiligung |
| | 7. | Anträge und Berichte aus den Arbeitsgruppen |
| | 7.1. | Gemeinsamer Antrag der Arbeitsgruppen: Be- rücksichtigung der UN- Behindertenrechtskonvention in Vorlagen |
| | 7.2. | Berichte aus den Arbeitsgruppen |
| | 8. | Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist |
| | 9. | Verschiedenes |

Zu Beginn der Sitzung gedenken die Anwesenden des verstorbenen Herrn Karl-Heinz Garbe.

Frau Koch verpflichtet folgende stellvertretende Mitglieder:
Frau Beirer, Frau Lohmann, Frau Thier, Herrn Vehreschild.

Punkt 1 der Tagesordnung Festsetzung der Tagesordnung

Herr Rudnick teilt mit, dass er die Entscheidung des Bauordnungsamtes zum Café Bar Celona (vgl. Niederschrift der KIB vom 27.04.2010, TOP 2.1) problematisch findet und weist darauf hin, dass auch im neuen Hotel Factory an der Grevener Straße keine umfassende Barrierefreiheit gegeben ist (u.a. ist der Veranstaltungsraum nicht mit dem Rollstuhl erreichbar und das WC ist nur auf Umwegen zu erreichen). Herr Rudnick und Herr Knüvener regen an, die Thematik der Barrierefreiheit bei Neu- und Umbauten in einer der nächsten Sitzungen mit einem Vertreter des Bauordnungsamtes zu erörtern.

Die Tagesordnung wird wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 2 der Tagesordnung Eingänge und Mitteilungen

Frau Rüter informiert:

2.1 Barrierefreie Apotheken

Die Apothekerkammern und Apothekerverbände in Nordrhein-Westfalen und die Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen haben eine gemeinsame Erklärung „Mehr barrierefreie Apotheken in Nordrhein-Westfalen“ unterzeichnet. Die Erklärung dient dazu, weitere Schritte auf dem Weg zur Barrierefreiheit von Apotheken zu initiieren. Weitere Informationen zu dieser Erklärung sind im Internet unter www.akwl.de zu finden.

Es ist geplant, im Rahmen von KOMM Münster die barrierefreie Zugänglichkeit von Apotheken in Münster zu erheben

2.2 Leitbild Aasee

Einige Mitglieder der AG 4 und AG 5 bereiten das Thema bei einem Treffen am 14.06.2010 vor. Anregungen sollten möglichst bis zum 10.06. an Frau Rüter oder Frau Stehling weitergegeben werden.

2.3 Veranstaltungshinweise

Das Haus Münsterland in Handorf wird am 5. Juni 2010 neu eröffnet. Die Mitglieder der KIB sind zur Eröffnungsfeier eingeladen.

Hinweise zu weiteren Veranstaltungen: <http://komm.muenster.org>, dort unter Termine

2.4 Bericht der Bundesregierung zur Lage der Menschen mit Behinderungen 2009

Herr Knüvener weist auf einen Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Zusammenhang mit dem Bericht der Bundesregierung zur Lage der Menschen mit Behinderungen 2009 hin. Der Antrag (Bundestagsdrucksache 17-183) hat das Ziel, eine detaillierte Berichterstattung über die Situation behinderter Menschen zu erreichen (siehe auch Protokoll der Sitzung der AG 2 am 26.05.2010).

Punkt 3 der Tagesordnung V/0384/2010

Verkehrsführung Rothenburg / Königsstraße - Beschluss zur geänderten Planung, inkl. südlicher Ludgeristraße -

Herr Böhme erläutert die Planungen.

Auf Nachfrage stellt er klar, dass in der Nähe der AOK auch zukünftig zwei Behindertenparkplätze zur Verfügung stehen. Ferner bietet die Königsstraße auch weitere Parkmöglichkeiten – hierzu liegt jedoch noch keine Detailplanung zur Ausgestaltung (z.B. Anwohnerparkplätze) vor. Die Königsstraße kann weiter angefahren werden, so dass Einrichtungen in der Königsstraße mit dem Auto oder Fahrdienst erreicht werden können. Beide Haltestellen in der Königsstraße erhalten einen 16 cm Bordstein.

Im Verlauf der Diskussion werden insbesondere folgende Aspekte angesprochen:

- Die Wegeverbindung zwischen dem Ludgeriplatz und der Königsstraße ist aufgrund des Pflegestützpunktes bei der AOK in der Königsstraße für Menschen mit Behinderungen wichtig, da die Busse in der Königsstraße nur in Richtung Ludgeriplatz fahren, aus der Richtung Ludgeriplatz kommend aber die Haltestelle Ludgeriplatz zu nutzen ist. Es ist darauf zu achten, dass auf dem Weg an allen Querungsstellen die Bordsteine so abgesenkt werden, dass sich keine Probleme für Rollstuhlfahrer/-innen und Menschen mit Rollator ergeben (zurzeit bestehen an mehreren Stellen Probleme – siehe Niederschrift der Sitzung der AG 2 der KIB vom 26.05.2010). Es sollte grundsätzlich darauf geachtet werden, dass nicht mehr als 3 cm zu überwinden sind. Herr Greiling und Frau Töns weisen darauf hin, dass die 3 cm-Kante für blinde Menschen erforderlich ist. Herr Böhme informiert, dass bei den Übergängen in der Königsstraße eine Absenkung auf 3 cm vorgesehen ist. Grundsätzlich wird das Tiefbauamt aber zu der Frage der Absenkung auf 3 cm mittelfristig auch alternative Lösungen prüfen.
- Bei einem Ortstermin zu den Planungen für die Königsstraße wurde die Aufstellung von zwei Sitzbänken vereinbart. Herr Böhme erläutert auf Nachfrage, dass nun zunächst eine Sitzbank vorgesehen ist und ggf. über eine weitere Sitzbank zu entscheiden ist, wenn sich nach dem Umbau der Königsstraße ein entsprechender Bedarf herausstellt.
- Einige KIB-Mitglieder kritisieren, dass an der Haltestelle an der Commerzbank aus Gründen des Denkmalschutzes/stadtgestalterischen Gründen keine Wartehalle aufgestellt wird. Herr Böhme weist darauf hin, dass auch die Haltestelle vor der Dresdner Bank genutzt werden kann – sie ist mit einer Wartehalle ausgestattet.
- Es wird angemerkt, dass eine ausreichende Zahl von Fahrradständern erforder-

lich ist. Diese müssen so angeordnet werden, dass die abgestellten Fahrräder keine Barrieren für Menschen mit Behinderungen darstellen. Herr Böhme erläutert die vorgesehene Anordnung der Fahrradständer (Anlehnbügel) und weist darauf hin, dass sie mehr Flexibilität als bisher bietet.

- Herr Böhme erläutert, dass die Pflasterung mit dem in der Altstadt üblichen Kopfsteinpflaster vorgesehen ist, wobei auch hier die bei den letzten Sanierungen von Altstadtstraßen übliche hohe Verfugung erfolgen wird. Diese Pflasterung soll aus stadtgestalterischen Gründen erfolgen, um ein einheitliches Bild der Altstadtstraßen zu erreichen. Frau Koch weist auf die bisherigen Diskussionen der KIB zur Pflasterung von Straßen hin und erwähnt dabei u.a. auch, dass ortsfremde Menschen die Querungsfurten nicht wahrnehmen, weil nicht auf sie hingewiesen wird. Sie spricht sich dafür aus, bei der Königsstraße mit einer umfassenden barrierefreien Gestaltung von Straßen zu beginnen.

Frau Koch stellt folgenden Änderungsantrag zu der Beschlussvorlage:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Beschlusspunkt 3 ergänzt:

Die Fahrbahn der Königsstraße wird im Rahmen der Sanierung mit geschnittenem Pflaster (glattes Pflaster) gepflastert.

Begründung:

Straßen sollten bei anstehenden Sanierungen umfassend barrierefrei gestaltet werden. Dabei sollte so weit wie möglich auf „Sonderlösungen“ für Menschen mit Behinderungen verzichtet werden. Eine barrierefreie Stadtgestaltung ist eine wesentliche Voraussetzung, um Menschen mit Behinderungen eine selbstbestimmte Lebensführung und die volle und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen – und damit die Ziele der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu erreichen.

Das geschnittene Pflaster, das für die Querungsfurten (Prinzipalmarkt, Alter Steinweg usw.) verwendet wird, erleichtert Menschen mit Mobilitätsbehinderungen die Benutzung der Straßen. Auch von anderen Personengruppen werden die Querungsfurten gerne genutzt. Auch unter stadtgestalterischen Aspekten ist das geschnittene Pflaster eine gute Lösung, da es optisch sehr ansprechend ist. Die KIB regt daher an, im zentralen Bereich der Königsstraße damit zu beginnen, Straßen umfassend barrierefrei zu gestalten.

Die KIB beschließt den Antrag einstimmig (1 Enthaltung).

Im Folgenden beschließt die KIB die Beschlussvorlage einstimmig (1 Enthaltung) in der geänderten Fassung und empfiehlt dem Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft stimmt der Änderung der Verkehrsführung Rothenburg / Königsstraße zu.
2. Der dementsprechend geänderten Planung zur Umgestaltung der Königsstraße sowie der Ludgeristraße bis zum Verspoel gemäß Anlage wird zugestimmt.
3. **Die Fahrbahn der Königsstraße wird im Rahmen der Sanierung mit geschnittenem Pflaster (glattes Pflaster) gepflastert.**

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die geänderte Planung keine Mehrkosten entstehen. Die Gesamtkosten in Höhe von 2.180.000 € entsprechen dem Umfang der durch die Bezirksvertretung Münster-Mitte bereits beschlossenen Vorlage V/0231/2009.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0300/2010

Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und schwerbehinderten Menschen Gleichgestellte bei der Stadt Münster

Frau Köhling stellt die wesentlichen Inhalte des Berichtes vor. Im Folgenden beantworten sie und Herr Lauxtermann Fragen der KIB-Mitglieder.

Zur Halle Münsterland erläutert Frau Köhling, dass dort seit 2010 ein schwerbehinderter Beschäftigter arbeitet und dies daher auch erst in den Bericht über die Entwicklung in 2010 aufgenommen wird.

Herr Lauxtermann weist darauf hin, dass er Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den Fachämtern der Stadt Münster zu einer Informationsveranstaltung über die Möglichkeiten der Auftragsvergabe an Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (insbesondere Informationen über das Leistungsspektrum der Werkstätten) einladen wird. Er stellt in Aussicht, dass auch zwei Mitglieder der KIB an dieser Veranstaltung teilnehmen können. Herr Lauxtermann wird Herrn Sauer die Vergaberichtlinien der Stadt Münster zur Verfügung stellen.

Im Verlauf des Austausches werden die Aktivitäten zur Einstellung von Menschen mit Behinderungen (S. 4 der Vorlage) von mehreren KIB-Mitgliedern positiv hervorgehoben. Frau Koch stellt positiv heraus, dass Herr Lauxtermann zu dem Thema „Vergabe an Werkstätten“ an der Sitzung teilgenommen und berichtet hat.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0296/2010

Geschäftsbericht des Gesundheitsamtes 2009

Herr Dr. Gollmer stellt den Bericht vor und beantwortet im Folgenden Fragen der Mitglieder.

Auf Nachfrage informiert Herr Dr. Gollmer über das Bündnis gegen Depression und weist auf weitere Informationen im Internet hin: <http://www.buendnis-depression.de/>. Die

Beschlussvorlage zum Beitritt der Stadt Münster zum Verein „Deutsches Bündnis gegen Depression e.V.“ ist im Ratsinformationssystem abrufbar.

<http://www.stadt-muenster.de/ratsinfo/00001/pdf/00284138.pdf>

Bei weiteren Fragen zum Bündnis gegen Depression kann man sich an die Geschäftsstelle der Gesundheitskonferenz im Gesundheitshaus wenden.

Zu den Hinweisen von Frau Schnieder zu dem Bericht über den psychiatrischen und psychosozialen Krisennotdienst in Münster (vgl. TOP 8 der Niederschrift der KIB-Sitzung am 27.04.2010) erläutert Herr Dr. Gollmer, dass die Thematik in der Arbeitsgruppe Wohnen des Arbeitskreises Psychiatrie besprochen wurde. Grundsätzlich sind Regelungen vorgesehen, wie Nutzer und Nutzerinnen des Ambulant Betreuten Wohnens auch am Wochenende Kontakt zum Anbieter der Dienstleistung aufnehmen können. Der Krisennotdienst ist hingegen nur auf Notsituationen ausgerichtet und kann bisher keine „Rund-um-die-Uhr-Versorgung“ für alle Lebenslagen leisten.

Herr Sauer weist auf Presseberichte zu der Studie von Herrn Dr. Schnieder, Leiter des Bochumer Gutachten Instituts GIS, zur Entwicklung der Anerkennung einer Schwerbehinderung nach der Auflösung der Versorgungsämter hin (www.versorgungsamtreport.de). Danach ist auch in Münster ein Rückgang bei der Anerkennung zu verzeichnen.

Herr Finke gibt folgende Erläuterungen zur Entwicklung in Münster (Zahlen der Bezirksregierung Münster, Berichtszeitraum April 2010):

Die Feststellungsquote liegt in Münster bei Erstanträgen bei 51,3 % (Landesdurchschnitt 44,5 %) und bei Änderungsanträgen bei 12,5 % (Landesdurchschnitt 14,4 %). Die Laufzeiten für die Bearbeitung liegen bei Erstanträgen bei 2,4 Monaten (Landesdurchschnitt 2,9 Monate) und bei Änderungsanträgen bei 2,9 Monaten (Landesdurchschnitt 2,7 Monate).

Die Erledigungsquote beträgt in Münster bei den Erstanträgen 127 % (Landesdurchschnitt 97 %).

Die Erledigungsquote bei Widersprüchen lag in Münster 2008 bei 81,1 % (Landesdurchschnitt 90,8 %), die Abhilfequote lag in Münster bei 37,4 % (Landesdurchschnitt 31 %).

Im Verlauf des Austausches über den Bericht ergeben sich folgende weitere Fragen, zu denen die KIB um weitere Informationen in einer der nächsten Sitzungen bittet:

- Seite 20/21: Hängt der Anstieg der Zurückstellungen von Kindern mit dem neuen Verfahren des Schuleingangsscreenings und mit dem Umstand der früheren Einschulung zusammen? Oder welche Gründe gibt es dafür?

- Seite 27: Bei den Vorstellungen/Beratungen im Bereich Beratung und Frühförderung ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.

Ist dieser Anstieg ein genereller Trend? Wurden die personellen Ressourcen entsprechend ausgeweitet?

- Seite 33: Die Zahl der Gutachten im Bereich der Begutachtungen zum Schwerbehindertenausweis ist sehr hoch. Wie kann diese Arbeit mit nur einer 0,66 Arztstelle geschaffen werden und dabei zugleich auch die Qualitätssicherung der durch Außengutachter durchgeführten Begutachtungen sichergestellt werden?

Wie hoch ist die Zahl der Widersprüche bei Erstanträgen und bei Änderungsanträgen?

- S. 57: Sind die Familienhebammen im Gesundheitsamt auch von den steigenden Haftpflichtprämien betroffen, die für die freiberuflich tätigen Hebammen ein großes Problem darstellen?

Frau Koch bittet Herrn Dr. Gollmer, Frau Dr. Kappenstein den Dank der KIB für die gute Zusammenarbeit und gute Wünsche zum bevorstehenden Ruhestand zu übermitteln.

Die KIB nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0256/2010 Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen: Wegfall der Eigenbeteiligung

Die KIB schließt sich dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Rat folgenden Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Der Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen wird ab dem 10.06.2010 nach Maßgabe der neu gefassten Richtlinien zur Förderung des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderungen (Anlage 1) gefördert.
2. Auf der Grundlage der Richtlinien wird für die Nutzung des Fahrdienstes ab dem 10.06.2010 von den Nutzerinnen und Nutzern keine Eigenbeteiligung erhoben.

II. Kosten/Folgekosten

Der bisherige Ansatz für den Aufwand für den Fahrdienst (318.780 €) wurde ab 2010 um 20.000 € erhöht. Dies entspricht der Beschlusslage des Rates über den Haushaltsplan 2010 ff.

Der bisherige Ansatz für den Ertrag durch Eigenbeteiligung (32.000 €) wurde für 2010 um 10.000 € gesenkt. Dies entspricht der Beschlusslage des Rates über den Haushaltsplan 2010 ff. Ab 2011 entfällt der Ansatz vollständig.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

| Aufwendungen | | | | | |
|--------------------------|------------|---------------------------------------|-------------------------|---------------------|--------------------|
| | Nr. | Bezeichnung | Haush.- jahr | Betrag € | Bemerkungen |
| Produktgruppe | 0503 | Sicherung besonderer sozialer Bedarfe | ab 2010 | + 20.000 | |
| Teilergebnisplan (Zeile) | 15 | Transferaufwendungen | | | |
| Insgesamt: | | | | | |

| Erträge | | | | | |
|--------------------------|------------|---------------------------------------|-------------------------|------------------------------------|--------------------|
| | Nr. | Bezeichnung | Haush.- jahr | Betrag € | Bemerkungen |
| Produktgruppe | 0503 | Sicherung besonderer sozialer Bedarfe | ab 2010 ab 2011 | - 10.000 - 32.000 | |
| Teilergebnisplan (Zeile) | 05 | privatrechtliche Leistungsentgelte | | | |
| Insgesamt: | | | | | |

Punkt 7 der Tagesordnung**Anträge und Berichte aus den Arbeitsgruppen****Punkt 7.1 der Tagesordnung****Gemeinsamer Antrag der Arbeitsgruppen: Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention in Vorlagen**

Frau Koch regt an, im Antrag der Arbeitsgruppen im Beschlusstext die Wörter „ob und wie“ durch „wie“ zu ersetzen und in der Begründung die Themenbereiche um den Bereich „Stadtplanung“ zu ergänzen.

Die KIB schließt sich diesen Vorschlägen an und beschließt einstimmig, folgenden Antrag an den Rat zu richten:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zu entwickeln, wie in Berichts- und Beschlussvorlagen zukünftig dargestellt werden kann, wie die Themen „Inklusion“ und „Barrierefreiheit/Design für alle“ berücksichtigt werden.

Begründung:

Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) gibt wichtige Impulse für die Weiterentwicklung von Münster im Sinne der Inklusion (selbstverständliche, volle und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft). Sie betrifft alle örtlichen Handlungsfelder der Daseinsvorsorge, so u.a. Aufgaben aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Gesundheit, Beschäftigungsförderung, Wohnen, Wirtschaft, Freizeit, Sport, Kultur und Stadtplanung.

Um zu erreichen, dass zukünftig bei allen Entscheidungen des Rates und anderer Gremien die Ziele der BRK angemessen berücksichtigt werden, ist es wichtig, in den jeweiligen Vorlagen auf die Aspekte Inklusion und Barrierefreiheit sowie ggf. auf weitere Aspekte der BRK einzugehen.

Die Verwaltung sollte daher einen Vorschlag entwickeln, wie die Themen „Inklusion“ und „Barrierefreiheit/Design für alle“ zukünftig in Vorlagen berücksichtigt werden können. Dabei ist zu prüfen, in welchen Vorlagen eine Thematisierung geboten ist. Ferner ist zu überlegen, wie detailliert die Ausführungen sein sollten. So könnte z.B. bei den Bauvorlagen der bereits praktizierte gute Ansatz, das Thema „Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen“ in jede Vorlage aufzunehmen, weiterentwickelt werden und die Maßnahmen für verschiedene Personengruppen (z.B. Rollstuhlfahrer, Menschen mit Sinnesbehinderungen) dargestellt werden.

Punkt 7.2 der Tagesordnung**Berichte aus den Arbeitsgruppen**

Die Arbeitsgruppen haben folgende Sitzungen durchgeführt:

AG 1 - Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene: 20.05.2010

AG 2 - Wohnen, Pflege, Gesundheit: 19.05.2010, 26.05.2010

AG 4 - Freizeit, Sport, Kultur, Weiterbildung: 25.05.2010

Auf Nachfrage weist Frau Wibben darauf hin, dass die AG 4 demnächst das Haus Münsterland besuchen wird, um sich zu informieren, inwieweit die Anregungen zur barrierefreien Gestaltung umgesetzt wurden.

Punkt 8 der Tagesordnung**Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist**

Herr Rudnick berichtet, dass er als Mitglied der Gesundheitskonferenz an einer Veranstaltung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe zum Thema „Demografischer Wandel“ teilgenommen hat.

Frau Pinke informiert über ihre Teilnahme an einer Unterarbeitsgruppe des Beirates der AMS, die zwei Jugendkonferenzen vorbereitet und im November 2009 in der Geistschule (Hauptschule) und Johannes-Schule (Förderschule Lernen) in Hilstrup durchgeführt hat. In der Sitzung der AG am 18.05.2010 wurde zusammenfassend die Thematik des Überganges Schule-Beruf für Menschen, die Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II beziehen, erörtert, insbesondere die Ergebnisse der Jugendkonferenzen und ihre Auswirkungen auf die Förderung des Personenkreises. Die Jugendkonferenzen und die Arbeit in der AG des Beirates haben gezeigt, dass ein zielorientierter Austausch zwischen den Akteuren hilfreich ist, um andere Personen/Institutionen und ihre vielfältigen Möglichkeiten/Begrenzungen besser kennen zu lernen.

Punkt 9 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Herr Knüvener weist auf die neue barrierefreie Toilette in der Mehrzweckhalle/Turnhalle Gelmer hin. Sie ist ein gutes Beispiel für eine umfassende barrierefreie Gestaltung. Herr Rudnick weist auf die Ehrenamtskarte hin, die in Rheine ausgegeben wird und fragt, ob es auch für Münster solche Überlegungen gibt. Frau Holtz teilt mit, dass in Münster keine Ehrenamtskarte, aber der Münsterpass für Menschen mit geringem Einkommen geplant ist.

Nach einem Austausch über das Format des Behindertenausweises und die Situation des Vorzeigens des Ausweises im Bus entschließt sich die KIB, das Anliegen zu unterstützen, dass Behindertenausweise in einem kleineren Format ausgestellt werden sollten. Frau Lohmann berichtet, dass u.a. die Lebenshilfe bereits zu diesem Anliegen aktiv war. Frau Koch wird einen Brief an den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen schreiben.

gez. Marianne Koch
Vorsitzende

gez. Doris Rüter
Schriftführung